

Die teuerste Kilowattstunde ist die, die fehlt

In der deutschen Energiepolitik wird gern über den Preis einer Kilowattstunde gesprochen. Weniger gern wird darüber gesprochen, was eine Kilowattstunde kostet, die im entscheidenden Moment nicht verfügbar ist.

Das ist ein bemerkenswerter Unterschied. Denn ein Stromsystem ist kein Supermarkt, in dem es genügt, am Jahresende festzustellen, dass insgesamt genügend Ware verkauft wurde. Strom muss in jedem Augenblick bereitstehen. Die Jahresbilanz kann hervorragend aussehen und das System trotzdem in einzelnen Stunden unter erheblichem Stress stehen.

Das wissen wir. Und genau darin liegt das Problem.

Deutschland weiß, dass Wind und Photovoltaik das Rückgrat eines klimaneutralen Stromsystems bilden sollen. Deutschland weiß ebenso, dass ihre Produktion schwankt. Es weiß, dass Netze, Speicher, flexible Nachfrage und steuerbare Erzeugung diese Schwankungen ausgleichen müssen. Und es weiß, dass Bioenergie eine besondere Eigenschaft besitzt: Die Primärenergie lässt sich speichern und die Stromerzeugung auf Zeiten verschieben, in denen sie gebraucht wird.

Ökonomisch müsste daraus eine einfache Frage folgen: Welchen Wert hat eine bereits vorhandene Infrastruktur, wenn sie künftig stärker nach dem Bedarf des Gesamtsystems betrieben werden kann?

Doch politische Debatten haben die Neigung, vorhandene Werte unsichtbar zu machen. Neue Kapazitäten erscheinen als Investition. Die intelligente Weiterentwicklung bestehender Kapazitäten erscheint schnell als Förderung. Das eine klingt nach Zukunft, das andere nach Subvention. Dabei kann es volkswirtschaftlich genau umgekehrt sein.

Wer ein Haus besitzt, dessen Heizung für einen überschaubaren Betrag modernisiert werden kann, käme kaum auf die Idee, stattdessen zuerst einen Neubau zu bestellen. In der Energiepolitik heißt eine solche Überlegung allerdings nicht gesunder Menschenverstand, sondern „Technologiepfad“.

Die EEG-Novelle muss deshalb eine wirtschaftliche Frage beantworten, die größer ist als einzelne Vergütungssätze: Honoriert unser Marktdesign eigentlich das, was das Stromsystem künftig besonders dringend braucht?

Nicht jede Kilowattstunde hat denselben Systemwert. Eine Kilowattstunde bei Stromüberschuss ist etwas anderes als eine Kilowattstunde in einer angespannten Residuallastsituati-

on. Leistung, die steuerbar bereitsteht, ist etwas anderes als Leistung, deren Verfügbarkeit vom Wetter abhängt.

Das ist keine Kritik an Wind und Sonne. Im Gegenteil. Je erfolgreicher ihr Ausbau wird, desto wichtiger werden jene Technologien, die ihre Schwankungen ergänzen. Der Erfolg der volatilen Erneuerbaren schafft den Markt für Flexibilität.

Bioenergie sollte deshalb nicht danach beurteilt werden, ob sie rund um die Uhr möglichst viele Kilowattstunden produziert. Gerade das wäre ein Denken aus der Vergangenheit. Ihr zukünftiger Wert liegt stärker darin, Energie zu speichern, Erzeugung zu verschieben und in ausgewählten Stunden hohe Leistung bereitzustellen.

Damit verändert sich auch die ökonomische Betrachtung. Es geht nicht allein um Cent pro Kilowattstunde. Es geht um vermiedene Systemkosten, um Netzentlastung, Versorgungssicherheit, Flexibilität und die Frage, welche Infrastruktur ohnehin vorhanden ist.

Die Politik kennt diese Zusammenhänge. Wissenschaft, Netzbetreiber, Marktanalysen und die tägliche Realität eines wetterabhängigen Stromsystems liefern genügend Hinweise. Niemand kann ernsthaft behaupten, das Problem sei unbekannt.

Damit wird die EEG-Novelle zu einem ökonomischen Charaktertest.

Denn Wissen besitzt auch in der Wirtschaftspolitik einen Preis. Wer vorhandene Optionen kennt und sie dennoch nicht angemessen in seine Entscheidungen einbezieht, kann später schwer behaupten, die entstehenden Kosten seien überraschend gekommen.

Vielleicht ist deshalb die teuerste Energiepolitik nicht jene, die Geld ausgibt. Vielleicht ist es jene, die vorhandene Möglichkeiten übersieht und später teuer ersetzen muss.

Deutschland muss flexible Bioenergie nicht privilegieren. Es muss sie auch nicht romantisieren. Es sollte lediglich ihren tatsächlichen Systemwert erkennen und Rahmenbedingungen schaffen, in denen dieser Wert genutzt werden kann.

Das wäre keine Agrarpolitik mit Stromanschluss. Es wäre moderne Infrastrukturpolitik.

Und möglicherweise sogar Sparpolitik.

Denn die teuerste Kilowattstunde bleibt am Ende jene, die fehlt – oder jene, deren rechtzeitige Bereitstellung man teuer neu organisieren muss, obwohl eine nutzbare Option längst vorhanden war.

Wir wissen das.

Jetzt müsste man nur noch danach handeln.